

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Druck und Verlag der C. Meißner Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 141.

Neuenbürg, Montag den 21. Juni 1920.

78. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 19. Juni. Der Führer der U.S.P., Crispianer, der sowohl in Württemberg wie in der Reichshauptstadt in den Reichstag gewählt ist, hat sich für die Annahme eines Berliner Mandats entschieden. Dadurch rückt von der Spitze der U.S.P. die an 8. Stelle stehende Anna Fiegler-Wilkinson in den Reichstag ein. Die U.S.P. Württembergs wählet also Parteisekretär Kemmle-Stuttgart und Anna Fiegler in den Reichstag.

Mannheim, 18. Juni. Der Ingenieur Hans Imhoff an der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, an die Franzosen vor einiger Zeit unter der Beschuldigung des Verrats, daß er als Hauptmann im Kriege sich Diebstahl habe zu Schulden kommen lassen, wurde in Amiens auf freien Fuß gesetzt und befindet sich auf unbefesteter Geleit. Er wurde von einem Militärgefängnis zum anderen verschleppt und ist äbel behandelt worden. Die Hausdurchsuchung bei ihm in Ludwigshafen vorgenommen worden war, war nicht das geringste belastende Moment ergeben.

Berlin, 19. Juni. Nach den bei der Reichsartoffelstelle eingehenden Nachrichten sind die Bedarfsstellen fast ausnahmslos mit Kartoffeln der letzten Ernte bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte versorgt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierten Einkauf der Frühkartoffeln in Holland abzusehen und die Einfuhr der Frühkartoffeln einzustellen. Da voraussichtlich von Mitte Juli ab deutsche Frühkartoffeln in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, jedoch zunächst die Einfuhr bis zum 20. Juli befristet, gleichzeitig wird die Frist für die Einfuhr italienischer und anderer Kartoffeln ebenfalls bis zum 20. Juli verlängert.

Berlin, 19. Juni. Die Gütertarife bei der Eisenbahn um weitere 30-50 Prozent erhöht werden. Von einer Erhöhung der Personentarife will man absehen. — Das Reichsverkehrsministerium macht bekannt, daß die Verkehrsverhältnisse noch nicht überwunden sind und daß im Herbst eine beträchtliche Verkehrsbeschränkung in der Personbeförderung gerechnet werden müsse. — Nach einer Mitteilung des Reichsernährungsministers ist an eine Aufhebung der Zwangsversorgung für Getreide, Milch und Fleisch vorläufig nicht zu denken. — Im Prozeß gegen den Marburger Studenten, die bei Niederschlagung kommunistischer Unruhen in der Gegend von Eisenach angeblich friedliche Einwohner erschossen haben sollten, wurden alle Angeklagten freigesprochen.

Stuttgart, 19. Juni. Die Fraktion der Bürgerpartei des Bauernbundes wählte die Abgg. Bogalle, Ströbel, Roth, Baumgärtner und Körner in den Vorstand der Fraktion. Fraktionsvorsitzender ist der Abg. Bogalle. Zur politischen Lage wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. sagt: Die Fraktion erklärt sich von neuem bereit, auf der Grundlage der Reichs- und Landesverfassung an der Bildung einer Regierung auch mit der Sozialdemokratie mitzuwirken, sofern die hierüber einzuleitenden Besprechungen die Möglichkeit einer fruchtbareren Arbeit für das Volk eröffnen. Die Sozialdemokratie die Mitwirkung in der Regierung ablehnen, so hält die Fraktion die Bildung einer bürgerlichen Regierung für das Gebot der Stunde und die Beteiligung der Mitwirkung in einer solchen Regierung für eine wesentliche Aufgabe des Volkswohls, weshalb die Fraktion zur Mitwirkung in einer rein bürgerlichen Regierung bereit ist. Da die alte Koalition in Württemberg noch eine Mehrheit erhalten hat, so ist es zunächst die Pflicht der in der Koalition vereinigten Parteien, sich zu erklären, ob sie an der bisherigen Koalition festhalten will oder ob sie geneigt sind, in Verhandlungen über die Bildung einer alle erhaltenden und bewahrenen Kräfte umschließenden Regierung einzutreten.

Bürgerpartei, Bauernbund und Zentrum zur politischen Lage.

Stuttgart, 19. Juni. Die Fraktion der Bürgerpartei des Bauernbundes wählte die Abgg. Bogalle, Ströbel, Roth, Baumgärtner und Körner in den Vorstand der Fraktion. Fraktionsvorsitzender ist der Abg. Bogalle. Zur politischen Lage wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. sagt: Die Fraktion erklärt sich von neuem bereit, auf der Grundlage der Reichs- und Landesverfassung an der Bildung einer Regierung auch mit der Sozialdemokratie mitzuwirken, sofern die hierüber einzuleitenden Besprechungen die Möglichkeit einer fruchtbareren Arbeit für das Volk eröffnen. Die Sozialdemokratie die Mitwirkung in der Regierung ablehnen, so hält die Fraktion die Bildung einer bürgerlichen Regierung für das Gebot der Stunde und die Beteiligung der Mitwirkung in einer solchen Regierung für eine wesentliche Aufgabe des Volkswohls, weshalb die Fraktion zur Mitwirkung in einer rein bürgerlichen Regierung bereit ist. Da die alte Koalition in Württemberg noch eine Mehrheit erhalten hat, so ist es zunächst die Pflicht der in der Koalition vereinigten Parteien, sich zu erklären, ob sie an der bisherigen Koalition festhalten will oder ob sie geneigt sind, in Verhandlungen über die Bildung einer alle erhaltenden und bewahrenen Kräfte umschließenden Regierung einzutreten.

Am Freitag versammelten sich Landesvorstand und Fraktion der württ. Zentrumspartei zur Beratung über die politische Lage. Die neue Partei und der Parteivorstand waren fast vollständig erschienen. Landgerichtsdirektor Walter leitete die Verhandlungen. Er führte aus, daß die Zentrumspartei stärker in den neuen Landtag einzutreten als erwartet werden konnte. In schwerer Zeit werde die Fraktion gemäß den Traditionen das Wohl des Volkes und Vaterlandes zu allererst wahren. Justizminister Holz besprach sodann die

politische Lage, wie sie sich durch die Wahlen im Reich und Lande entwickelt habe. Die schwebenden Fragen wurden eingehend besprochen. Bezüglich der Bildung einer neuen Regierung in Württemberg vertrat Landesvorstand und Fraktion einmütig die Auffassung, daß in Württemberg, unabhängig von den Berliner Vorgängen, an der Koalitionspolitik der bisherigen Regierungsparteien festgehalten werden solle. Im ganzen Reich erkenne man erst jetzt immer mehr und mehr, daß die Koalition, wie sie bestand, die einzig mögliche und auch einzig vernünftige Regierungsform war. Das Zentrum sei auch heute wieder bereit, positive Mitarbeit zu leisten. Es erwarte von den anderen Koalitionsparteien das Verständnis für die schwierige Lage und besonders die Hintanhaltung rein parteipolitischer Erwägungen. Die Minister Holz und Graf wurden beauftragt, unter diesen Gesichtspunkten in Verhandlungen über eine neue Regierungsbildung einzutreten. Im Anschluß daran fanden Beratungen über das zukünftige Arbeitsprogramm der Fraktion statt. Die Verhandlungen waren getragen von dem Ernst der gegenwärtigen Lage und verliefen in voller Einmütigkeit.

Die Ernährungsschwierigkeiten.

Ueber die in den letzten Wochen erneut eingetretene Verteuerung in der Lebenshaltung durch Erhöhung der Preise für Fleisch und Milch herrscht in der Bevölkerung eine wohlverständliche Erregung. Auch die Mehl- und Brotversorgung liegt in manchen Bezirken des Landes, besonders aber in den Städten viel zu wünschen übrig. Am nächsten Dienstag sollen daher auch im ganzen Land, von den Gewerkschaften, und Angestellten-Verbänden eintreten, große Kundgebungen gegen die Verteuerung stattfinden. Bemerkenswert ist auch, daß an diesem Tage auch der neue Landtag zusammentritt. Im „Staatsanzeiger“ finden sich nun gleich zwei entschuldigende Erklärungen zu unserer gegenwärtigen Ernährungslage. Es wird dort anerkannt, daß das Brot tatsächlich nicht einmal mehr den bescheidenen Anforderungen, an die wir uns im Laufe der Notjahre allmählich gewöhnt haben, entspricht. Es wird auch zugegeben, daß in einzelnen Kommunalverbänden und Gemeinden in den letzten Tagen sogar Störungen in der Brotversorgung eingetreten sind. Es wird betont, daß man sich um die Abstellung der mangelhaften Verhältnisse unablässig bemüht. Die Ursache der gegenwärtigen Not sei, daß unsere inländischen Getreidevorräte eben einfach nicht ausreichen und die Sendungen aus dem Auslande nur langsam und mit Verzögerung eintreffen. Die amtliche Auslastung hebt hervor, daß die württ. Kommunalverbände mit wenigen Ausnahmen ihrer Lieferpflicht recht gut nachgekommen seien. Die mangelhaften Zustände in Württemberg seien auf einen Streit in den Seehäfen zurückzuführen, wodurch die Zufuhr koste. Glücklicherweise sei nun in den letzten Tagen ein Transport von 50 000 Doppelzentner Getreide für Württemberg in Mannheim angekommen. Außerdem seien 10 000 Doppelzentner Roggenmehl aus Norddeutschland in zwei besonderen Güterzügen nach Württemberg unterwegs. Ferner hat durch die Landesgetreidestelle die selbstbewirtschaftenden württembergischen Kommunalverbände, die Getreide zu ihrer eigenen Versorgung noch über den 1. August hinaus auf Lager haben (7), angefordert worden, dieses für die allgemeine Versorgung abzugeben. Die württ. Regierung hofft, daß dadurch in nächster Zeit eine Erleichterung in der Brotversorgung eintreten wird. Württemberg braucht von der Reichsgetreidestelle monatlich etwa 80 000 Doppelzentner Mehl als Zuschuß. Von den vom 16. Mai bis 15. Juni angeforderten 88 056 Doppelzentner Mehl wurden bloß 26 437 Doppelzentner angewiesen. Tatsächlich geliefert aber hiervon waren erst 10 756 Doppelzentner. Das Ernährungsministerium hat der Reichsgetreidestelle fast täglich die Notlage Württembergs geschildert. Man sieht auch hier, wenn man diese Zahlen betrachtet, wie wenig wieder Württemberg gerade von Berlin aus entgegengekommen wird. Wenn man uns jetzt glauben machen will — die Auslastung der württ. Regierung weist darauf hin — daß auch in Norddeutschland die gleiche Notlage bestehe, so müssen wir doch andererseits darauf hinweisen, daß tatsächlich unerbürgte Nachrichten vorhanden sind, die versichern, daß die Brotversorgung in den norddeutschen Bezirken solche schlimme Zustände nicht aufweist.

Nachdem aus dem ganzen Lande sich zahlreiche Proteste gegen die neue Erhöhung der Milchpreise erhoben, sieht sich die Regierung veranlaßt, auch hierzu Stellung zu nehmen. Sie versichert, daß der Ernährungsminister nur mit schwerem Herzen an diese Preiserhöhung herangegangen sei, er aber diese Preiserhöhung nicht ablehnen konnte, weil er sonst nicht in der Lage gewesen wäre, die Verantwortung für eine geordnete Milchversorgung zu tragen. Aus der tiefen Erregung, die die Erhöhung der Milchpreise auf 1.60 Mk. pro Liter in den Kreisen der Verbraucher ausgelöst hat, zieht die württ. Regierung den Schluß, daß damit der Bevölkerung

in der jetzigen Zeit sinkender Konjunktur und damit verbundener Arbeitsbeschränkung das äußerste zugemutet sei, was von ihr getragen werden könne.

Der Generalstreik in der Pfalz.

Mannheim, 19. Juni. Der Generalstreik in der Pfalz ist bisher ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Franzosen haben die Arbeiter des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes in Ludwigshafen zwangsweise requiriert, sodas diese Betriebe im Gange sind. Ebenso wird infolge Requirierung von Eisenbahnern der Betrieb der Eisenbahnen, wenn auch nur lückenhaft, aufrechterhalten. Die städtischen Beamten und die Eisenbahnbeamten arbeiten unter dem Druck der Franzosen. Die Straßenbahn verkehrt dagegen nicht. Die Franzosen ziehen in theotralischem Aufzug mit Kongeratsen, Maschinengewehren, Tanks usw. in den Straßen herum. Ein Erlaß des Marschalls Foch in französischer, englischer und deutscher Sprache stellt die Eisenbahner unter Kriegsbefehl. Trotzdem üben die Eisenbahner im allgemeinen passiven Widerstand.

Das ungenießbare Brot.

Essen a.R., 19. Juni. Der Betriebsausschuß der Zeche Saalzer Neudorf übermittelt der Öffentlichkeit eine Entschließung, in der es u. a. heißt: Die Klagen über ungenießbares Brot und über das vollständige Stocken der Lieferung backfähigen Mehles nehmen in den Bergarbeiterkreisen einen bedrohlichen Charakter an. Die Tatsache, daß hier in Essen an die schwerarbeitende Bevölkerung ein ungenießbares gesundheitschädliches „Etwas“ als Brot ausgegeben wird, erregt die Gemüter außerordentlich. Die Bergarbeiter haben in den letzten Monaten gezeigt, daß sie durch Befahren von Ueberbrücken und demgemäße Steigerung der Förderung gewillt sind, der Allgemeinheit Opfer zu bringen, von morgens 5 Uhr bis abends 5 Uhr, also volle 12 Stunden, müssen sie bei ihrer schweren Arbeit während der Ueberbrücken von dem Rischmasch, in Essen Brot genannt, leben. Die Folgen davon sind, daß die Arbeiter bis zu 90 Prozent an Magenbeschwerden leiden, arbeitsunfähig werden und die Förderung von Tag zu Tag abnimmt. Die Bergleute erklären, die 1 1/2 Schichten nicht mehr zu fahren zu können, wenn das Brot nicht besser wird.

Jur. Kabinettskrise.

Berlin, 19. Juni. Die demokratische Reichstagsfraktion hat auf Grund neuer Verhandlungen zwischen dem als Reichskanzler in Aussicht genommenen Präsidenten Fehrenbach und dem Fraktionsführer Dr. Peterßen ihre Beratungen am Samstag fortgesetzt. Ebenso wie in den vorhergehenden Sitzungen wurde auch in dieser als erste Voraussetzung für den Eintritt in die neue Regierung gefordert, daß ihre Tätigkeit sich weiter auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform aufbaue. Die weitere Aussprache war vertraulich.

Aus der Sozialdemokratie.

Berlin, 19. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Dienstag, 22. Juni, zusammen. Man rechnet damit, daß bis dahin die neue Regierung gebildet und ihr Programm bekannt sein wird, so daß es möglich ist, dazu Stellung zu nehmen. Hermann Müller und Löbe, die in der ersten Fraktionsitzung als bevollmächtigte Vertreter ernannt wurden, werden über ihre Verhandlungen Bericht erstatten.

Berlin, 19. Juni. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, den ordentlichen Parteitag in der ersten Hälfte des Oktobers nach Kassel einzuberufen.

Ausland.

Wien, 19. Juni. Der anscheinend unabwendbare Boykott gegen Ungarn ruft in der Bevölkerung Wiens wegen der drohenden Rückwirkung auf Oesterreich große Erregung hervor, die sich in den Auslassungen der Presse widerspiegelt. Besonders die christlich-sozialen Blätter geben ihren Befürchtungen in den schärfsten Formen Ausdruck. Sie melden, daß der Gewerkschaftsbund der nichtsozialdemokratischen Post-, Telegraphen- und Fernsprechanstalten beschlossen habe, den vom Internationalen sozialistischen Gewerkschaftsbund beschlossenen Boykott gegen Ungarn nicht anzuerkennen.

Paris, 19. Juni. Auf der Tagesordnung der interalliierten Konferenz, von Voulagne steht neben der Frage der Bierergutsumachsung auch die Frage der deutschen Abrüstung. Es scheint, daß zwischen den Alliierten eine Einigung zustandekommen wird.

London, 19. Juni. Einem Bericht der „Daily Express“ zufolge haben italienische Bolschewisten zwei englische Dampfer in Genoa und einen in Triest mit Beschlag belegt und zur größeren Sicherheit die Maschinen herausgenommen. All dies soll auf direkten Befehl der russischen Sowjets geschehen sein.

Anzeigenpreis
die einseitige Zeitspalt
oder deren Raum 40 f.
bei Auslandsverteilung
durch die Postämter
45 f. extra.
Kleinanzeigen 1.40
bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, den in
Falle des Nachvertrages
hinfortlich wird.
Schluß der Anzeigen
Annahme tags zuvor.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Anträge wird
keinelei Gewähr ab-
gegeben.

08.
4 Uhr.
gen,
sind.
nt,
reit,
bleinen,
etc.,
m breit,
sel.
ll aufmerksam.
sbund
ädigten, Ein-
e, ehemaliger
nehmer
Neuenbürg.
ahme an der
eres lieben
edrich Wehle
die Mitglieder
mittags 2 Uhr
Prof.
meraden
angs 1896
Abend 8 Uhr
ner bei Reich
M. Seeger.
Kessel.
portablen Wasch-
en Gefäß und
t kaufen.
ter Nr. 10 an
schäftsstelle.
ellen.
ocima
oft
fen.
in der Gey
lle.
diene
entw. 1920.
ach dem Ten
t (S. 2, 12-18;
n Dr. Wezlin.
nd. 1920.
8. 1920.
8. 1920.
n Dr. Wezlin.
hottesdienst
19. Juni 1920.
e abends 8 Uhr
20. Juni 1920.
e abends 8 Uhr
und Kant.
Ankünd.
g 8. 1920.
gen in der Gey
7. 1920.



Deutscherhag in Belgien.

Haag, 19. Juni. Aus Antwerpen wird gemeldet: Bei der deutschen Firma Bids wurden gestern die Bureaus vollständig zerstört. 500 Personen drangen in das Haus ein, während Tausende sich draußen ansammelten. Alle Möbel wurden auf die Straße geworfen und vernichtet, ebenso sämtliche Geschäftsbücher. Als die Polizei endlich erschien, war nichts mehr zu retten.

Die Negerrevolten in Marzelle.

Marzelle, 18. Juni. In der Meuterei der Senegalneger in Marzelle wird gemeldet: Die französischen Negertuppen, die vor einigen Wochen aus dem Rheinlande weggenommen waren, sollten befehllich nach Syrien verschifft werden. Den Truppen war ihr Ziel geheim gehalten worden, weil unter ihnen schon starke Unzufriedenheit herrschte, daß man sie vom Rhein fortgenommen hatte, wo es ihnen ausgezeichnet gefallen hatte und wo sie noch länger hätten bleiben wollen, obwohl viele von ihnen schon 6 Jahre Dienst tun. Als sie erfuhren, daß die Transportdampfer nach Syrien gehen würden, verweigerten sie, wie schon kurz berichtet, den Dienst. Ihre Offiziere konnten nichts mehr gegen sie ausrichten und es herrschte völlige Disziplinlosigkeit, die zu Bedrohungen der Offiziere führte, so daß diese flüchten mußten.

Die Neger haben im Hafenviertel von Marzelle wie Banditen gehandelt, furchtbare Zerschlagungen angerichtet und geplündert. Viele sind einfach desertiert und versuchten mit Dampfbooten nach Algier zu gelangen. Einige Hundert überfielen die Mannschaft eines kleinen Dampfers, warfen sie in die See und fuhren mit ihm ab, wuchsen aber durch ein Torpedoboot wieder eingebracht. Durch zwei Bataillone Infanterie ist es gelungen, die Mehrzahl der Neger wieder einzufangen. Sie werden jetzt nach Afrika zurückgebracht werden müssen, da ihre Verwendung in Syrien unmöglich geworden ist. Es wird aber auch befürchtet, daß sie in Afrika eine unerwünschte Propaganda führen könnten, weshalb der Kriegsminister zunächst noch eine Untersuchung anordnete, um unerwünschte Elemente fernzuhalten.

Rußlands Vorräte an Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

Krasin hat, wie über Kopenhagen gemeldet wird, in seiner bekannten Unterredung mit dem Londoner Korrespondenten der "Liberte" auch Auskünfte über die russischen Vorräte an Rohstoffen und Nahrungsmitteln gegeben. Herr Krasin teilte mit, Rußland könne 51 Millionen Tonnen Petroleum ausführen, eine halbe Million Tonnen Standard-Saugholz, fünf Millionen Tonnen Hans und sehr große Mengen Leder, Mais, Mineralöle usw. Krasin garantierte den Ausländern ferner das Recht der Annäherung der großen Zellulose- und Papierverarbeitungsanlagen, sowie den Verkehr auf der Wolga und dem Donaukanal. Die fremden Aktiengesellschaften sollten längere Konzessionen für den Export russischer Produkte erhalten.

Das englisch-amerikanische Flottenwettrennen.

Amsterdam, 18. Juni. Im englischen Unterhaus sagte in Erwiderung auf eine Anfrage der Erste Lord der Admiralsität über das Verhältnis der englischen zur amerikanischen Kriegsmarine: An großen Kriegsschiffen mit Geschützen von 16 Zoll besitzen die Vereinigten Staaten 16, England keine. An Schiffen mit einer Geschwindigkeit von 33 1/2 Knoten und mehr besitzen die Vereinigten Staaten große Schiffe 6, England keine. Leichtere Kreuzer haben die Vereinigten Staaten 10, England keine. Zerstörer haben die Vereinigten Staaten 102, England 196. Auf weitere Fragen sagte Long, die Admiralsität sei sich der Wichtigkeit der weiteren Entwicklung der Marine bewußt und werde nicht ermangeln, nötigenfalls neue Mittel im Parlament anzufordern.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Auf Grund der in Stuttgart abgehaltenen Prüfung u. a. zur Vereinfachung händlicher Verhältnisse an evangelischen

schon Volksschulen für befähigt erklärt worden Herz, Wilhelm, von Herrenald.

Neuenbürg, 21. Juni. Die Einkommensteuermarken (der Berliner Bitt nennt sie "Erzberger-Marken") werden jetzt von der Reichsdruckerei hergestellt. Sie kommen durch die Postämter am 21. Juni zur Ausgabe. Sie sind 28 Millimeter breit und 21 Millimeter hoch. Zunächst gibt es in roter Farbe zu 10 Pfg., braun zu 50 Pfg., grau zu 1 Mark, braun zu 2 Mk., grün zu 5 Mk., grün mit hellrot zu 40 Mk. und violett mit gelbbraun zu 25 Mk. Später werden solche zu 50 und 100 Mk. ausgegeben. Das Bild der einzelnen Marken ist verschieden. Der Wert tritt überall in großen Zahlen hervor. Sie haben außerdem sämtlich die Aufschrift "Einkommensteuer" in deutscher Schrift. Die Marken werden in Buchdruck auf weißem Papier mit dem Wasserzeichen "Kierpaß" hergestellt. Sie werden in Bogen zu 50 Stück geliefert. Für den Erwerb verborbener Marken und den Umtausch gelten dieselben Bestimmungen wie für die Umlaufsteuermarken.

Württemberg.

Stuttgart, 19. Juni. (Einkaufsgenossenschaft der Beamten, Staats- und Gemeinbediensteter.) Gegenwärtig ist die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft der Beamten, Staats- und Gemeinbediensteter im Gange. Die Genossenschaft (G.m.b.H.) soll die Beschaffung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im Großen und Kleinen gegen Barzahlung vermitteln. Auch können für die Genossen Rabattverträge mit Gewerbetreibenden abgeschlossen werden. Die Beamtenchaft soll dadurch einen Einfluß auf die Preisregulierung und ein Mitbestimmungsrecht im wirtschaftlichen Leben erhalten. Zu den Konsumgenossenschaften soll kein Gegensatz geschaffen werden, ebensowenig sollen die Kleinverwirtschenden ausgeschaltet werden. Der Geschäftsanteil für jeden Genossen ist auf 100 Mk. festgesetzt. Die Regierung bringe der Bildung einer derartigen Genossenschaft ein großes Interesse entgegen, ob Staatsmittel im jetzigen Augenblick zur Verfügung gestellt werden können, sei jedoch fraglich.

Stuttgart, 10. Juni. (Zur Warnung.) Dieser Tage kam ein Fall vor, daß ein Kranker während der Nacht statt von der Arznei, die für ihn auf dem Nachtschischen bereit stand, von Jodtinktur die ebenfalls dort stand, einen Löffel voll einnahm. Er zog sich eine schwere Vergiftung zu, deren Folgen glücklicherweise durch das rasche Eingreifen des Arztes gemildert werden konnten. Dieses Vorkommen gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Arzneimittel, die vom Apotheker in runden Gläsern abzugeben werden, wie dies bei obiger Jodtinktur regelrecht der Fall war, nicht eingenommen werden dürfen. Der Apotheker ist, was wenig bekannt zu sein scheint, verpflichtet, Arzneimittel für den innerlichen Gebrauch in sechsseitigen Gläsern abzugeben. Der Kranke scheidet also auch bei schwacher Beleuchtung oder in der Dunkelheit an der runden oder sechsseitigen Form des Arzneiglases, ob das darin enthaltene Medikament eingenommen werden darf oder ob es zum äußerlichen Gebrauch bestimmt ist.

Stuttgart, 19. Juni. (Die Geschäftsführung.) Wegen Geschäftsrückgang hat die Firma Hermann Tief etwa 50 weiblichen Angestellten gekündigt. Den Kündigungen ging eine Besprechung im Betriebsrat voraus, der die Gründe für diese Maßnahme anerkennen mußte.

Stuttgart, 19. Juni. (Vollständiger Stillstand am Württ. Gerbrindenmarkt.) Die Lage auf dem Württ. Gerbrindenmarkt paßt sich durchaus dem Bild auf dem Rundholzmarkt an. Völlige Kauflosigkeit in allen Teilen des Landes. Eine große städtische Forstverwaltung hat auf verschiedene Ausschreiben eines größeren Postens Gerbrinde nicht ein einziges Angebot erhalten, einer Forstverwaltung im Jagdkreis wurden 8 Mk. für den Zentner Eichengerbrinde geboten. Vor wenigen Wochen zahlte der Württ. Gerberverein noch 60 Mk. für den Zentner Eichenrinde an die Staatsforstverwaltung.

Stuttgart, 19. Juni. (Zweierlei Recht.) Das Ernährungsministerium hat schon vor Wochen an die Ämter die Anweisung ergehen lassen, daß Militärärztliche Beamte, Geistliche und Lehrer, die zu Erholungsreisen beurlaubt sind, sowie die sie begleitende Ehefrau und Kinder ohne Vorlegung eines amtärztlichen Zeugnisses zum Aufenthalt und Erholungsurlaub zugelassen sind. (Auch die anderen Sterblichen? Schrift.)

Ludwigsburg, 20. Juni. (Im Kopf fängt an.) Am Samstag früh vor 7 Uhr durch die Strohen der Wanderte, konnten zwei junge Männer beobachtet, die in Schaufensterputzen Zylinderhüte trugen. Es ist eine unwürdige Zeit: Die einen gehen ohne Kopfbedeckung spazieren und die anderen schafften im Jolinder. Aber in fängt an.

Tübingen, 19. Juni. (Keine Rückkehr zur Kirche.) Zu der Mitteilung, daß der frühere Universitätsprofessor Dr. Koch wieder in die kathol. Kirche zurückgekehrt sei, in der "Tübingen Chronik" von unrichtiger Seite gebracht. Der Inhalt dieser Mitteilung ist erfinden. Kein Wort von ist wahr.

Schweningen, 20. Juni. (Ein teurer Wein.) Auswärtiger Bauer hatte in der Wertschaft vom "Aber" viel Wein getrunken und sich dann vor dem Stall schlafen niedergelegt. Als er wieder aufwachte, war Kagenjammer groß, denn es fehlten ihm 2500 Mk. Geld eine große silberne Taschenuhr.

Geislingen a. St., 20. Juni. (Das Ergebnis der Protokollsammlung.) Im Anschluß an die Teuerungssammlungen trat eine Abordnung in Begleitung des Landrats, Regierungsrat Beutel, nach Stuttgart in das Ernährungsministerium, wo Minister Graf die gewünschten Beschlüsse erteilte. In anderen Bezirken des Landes ist auch kein besseres Brot verabreicht worden. Wenn die Bauern genügend Mehl zu Mäckerpreisen zu bekommen möge man sie zur Anzeige bringen. Mehlentwendungen unterwegs, die auf ein besseres Brot hoffen ließen, aber sprechen könnte der Minister nichts. Die Mäckerpreise sind dadurch erzwungen worden, daß die Landwirte mit Lieferungsstreik drohten, wenn sie nicht auf ihre Gebührensamen, die nach Ansicht des Ministers 17 pro Liter betragen.

Blaubeuren, 19. Juni. (Der alte Milchpreis.) Gestern gilt der alte Milchpreis bis auf weiteres. Es schwören zur Zeit Verhandlungen, von denen erwartet, daß sie zu einem alle Beteiligten befriedigenden Ergebnis führen. Glückliches Blaubeuren!

Stingen a. Br., 20. Juni. (Die Maul- und Klauenseuche.) Im nahen Grenz sind innerhalb 24 Stunden einem Stall 5 Stück Vieh an Maul- und Klauenseuche gefallen, in anderen Ställen 2-3 Stück. — In der barten Stadt Niederstotzingen sind innerhalb 10 Tagen 5 Stück an der bösartigen Seuche verendet. — Im Ort Oberstotzingen wurde dem Landwirt Josef Schö von einer Kuh, der er Arznei einschlachten wollte, ein Horn eine Auge eingestochen.

Baden.

Heidelberg, 19. Juni. (Der Abbau des Reichs Ernährungsamtes.) Der Abbau des Reichs Ernährungsamtes wird als Folge des Abbaus der Zwangswirtschaft in absehbarer Zeit beginnen müssen, verkündet, wird erwogen, zum 1. Oktober vorläufig an Angestellten des Ernährungsamtes zu kündigen. Schweden darüber noch Verhandlungen, doch dürfte die Kündigung kaum zu umgehen sein.

Mannheim, 19. Juni. (In einer Hausfrau.) (Schilferte Bürgermeister Walli die Schmierigkeiten Milchverfälschung Mannheims. Neben der Abgabe von Vieh an den Feindbund könnte das beste Mittel anstatt früher 6-7000 Ltr jetzt nur noch 1000 Ltr liefern. Die Landwirte würden heute mehr Milch als in Kriegzeiten. Die Freigabe der Milch würde die Milchverfälschung nicht fördern. In der

daß er nicht einmal die Zeit gefunden hatte, an die an die Angst zu denken, in die sie durch seinen greiflichen Schritt geführt werden mußte.

In einem der großen Klubstühle zurückgelehnt, sah sie darüber nach, von welcher Art wohl diese Gefahr wesen sein könnte, und ob ihr Stiefbruder abermals die Hand im Spiele gehabt haben möchte. In einem Augenblick freilich konnte sie mit all ihrem Grubeln nicht nur die Zukunft bringen konnte, und das ihr bis zu eine lange Reihe banger und kummervoller Stunden nur zu gewisse Aussicht stellte.

Blötzlich wurde sie aus ihrem Nachdenken durch Geräusch aufgeschreckt, das von einem der auf die Treppe hinaufgehenden hohen französischen Fenster herkam. Sie bedachte den Kopf gemeldet hatte, um sich von der Sache zu überzeugen, stieg in ihrer Seele die Erinnerung auf an einen anderen, nicht allzuweit zurückliegenden Abend, wo sie in diesem nämlichen Raum eines schrecklichsten und folgenschwersten Abenteuer ihres Daseins hatte erleben müssen. Mit voller Deutlichkeit jenes Ereignis vor ihrem Geiste, und nachdem sie das Gesicht vollends dem Fenster zugelehrt hatte, sah sie einen lauten Aufschrei des Schreckens und des Sehens nicht unterdrücken; denn was sie da sah war ja eine genaue Wiederholung dessen, was sich da zugetragen.

Vor dem Fenster, durch das er eingetreten stand ein Mann, dessen Erscheinung in jeder Hinsicht dieselbe schien, wie die des nächtlichen Eindringers, der die Gedanken oft genug beschäftigt hatte, weil sie ihm hatte begreifen können, wodurch er ihren Vater bedrohen möchte, ihn unbehelligt entkommen zu lassen. Die neue Eindringling war von derselben Gestalt, er trug den nämlichen weiten Mantel und dieselbe schwarze Mütze vor dem Gesicht. Sein Benehmen freilich unterschied sich sehr wesentlich von dem des Mannes, der sie doch mit vorgehaltener Pistole zum Schweigen gebracht und gezwungen hatte, sich von ihm auf einen Stuhl zurück zu lassen.

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. HILL

51

(Nachdruck verboten.)

Die Gräfin zog die Augenbrauen in die Höhe und sah mit einem halb erstaunten, halb mißbilligenden Blick zu ihrem Stiefsohn hinüber. Die Ausdrucksweise des Grafen mißfiel ihr in hohem Maße. Und sie verstand seine Absicht um so weniger, als sie ja nichts von dem Verdacht ahnte, der sich gegen den Doktor Odemar erhoben hatte. Mit Ausnahme Ediths befanden sich übrigens die anderen anwesenden Damen in der nämlichen Lage.

"Ich bin ebenso wie der Herr Major der Ansicht, daß wir uns um das Tun und Lassen des Herrn Doktor Odemar nicht im mindesten zu kümmern haben," sagte sie. "Und es gibt nichts Gefährlicheres, als dem Geschwätz der Dienstboten ein Ohr zu leihen."

Die ungewöhnliche Jurechtswellung veranlaßte den Schlossherrn zu einem häßlichen Grinsen, aber er verfolgte den Gegenstand nicht weiter, und der Senator, der ihn während der letzten Minuten unausgesetzt scharf beobachtet hatte, lehnte sich mit einem Seufzer der Erleichterung in seinen Sessel zurück. Er wußte, daß die Widerwärtigkeiten, die er von dem Erscheinen des Grafen an der Familientafel gefürchtet hatte, nunmehr vorüber waren. Denn dieser junge Mann war nach seiner Ueberzeugung einer von denen, die einen Knacksen nicht früher aus den Zähnen lassen, als bis sie ihn vollständig abgenagt haben, und sein Bestimmen bewies dem alten Herrn, daß er weitere vergebliche Bitten wenigstens für den Augenblick nicht mehr in seinem Köcher hatte.

Die unerfreuliche Mahlzeit ging denn auch wirklich ohne weitere Zwischenfälle zu Ende. Sowie das Dessert aufgetragen worden war, gab der Senator seiner Tochter einen Wink, die Tafel aufzuheben, und unter einem Vorwande begab er sich mit ihr und den anderen Damen in ihre Gemächer hinauf, ohne daß der Graf einen Ver-

such gemacht hätte, ihnen seine Gesellschaft länger aufzudrängen.

Edith blieb noch ungefähr eine halbe Stunde lang bei ihrer Mutter, schweigsam und in sich geteilt, aber doch in so gefasster Haltung, daß niemand erriet, wie trostlos es in Wahrheit in ihrem Herzen ausah. Dann verabschiedete sie sich und ging, wie sie es oft zu tun liebte, wenn keine Gäste unterhalten werden mußten, in die Bibliothek hinab, wo sie gern die Zeit bis zum Schlafengehen über einem Buche verbrachte.

Heute freilich dachte sie nicht daran, zu lesen. Sie hatte sich hierbei geschädigt, weil ihr schließlich selbst die Gegenwart der teuersten Menschen unerträglich geworden war, und weil sie dem Verlangen nicht mehr widerstehen konnte, allein zu sein mit ihren trübseligen Gedanken und ihrem tiefen Schmerz.

Sie konnte nicht daran zweifeln, daß der Stiefbruder in bezug auf die Adressen Odemars die Wahrheit gesprochen hatte; denn der Dummheit einer Lüge, die so kurze Weile gehabt hätte, hielt sie ihn nicht fähig. Aber sie zermarterte übergebens ihren Kopf, um eine Erklärung zu finden. Was, um des Himmels willen, konnte sich seit ihrer gestrigen Unterredung mit dem geliebten Manne zugetragen haben, das ihn zu solchem Entschluß zu bestimmen vermochte? Jedenfalls mußte es etwas ganz Außerordentliches gewesen sein, wenn es ihn hatte veranlassen können, alle Regeln der Klugheit so ganz außer acht zu lassen. Denn er konnte unmöglich im unklaren darüber gewesen sein, daß er mit einer Lüge, die vollständig das Aussehen einer überführten Flucht hatte, seinen Feinden selbst die allergefährlichste Waffe in die Hand lieferte.

Der Entschluß mußte ein plötzlicher gewesen sein; denn wenn er sich schon gestern mit derartigen Absichten und Plänen getragen hätte, würde Odemar gewiß nicht gezögert haben, ihr davon Mitteilung zu machen. Aber daß er ihr nicht einmal ein beruhigendes Wort geschrieben hatte, beunruhigte sie am allermeisten; denn sie konnte es nicht anders erklären als damit, daß sich der Schriftsteller unerwartet von einer Gefahr bedroht geglaubt hätte, von einer Gefahr, die so jäh über ihn hereingebrochen war,

Zuversicht sein, um Ihnen, kommen, frau gegen die Kirche kommen, seien als

Was, Bad, La, zungen, entbed, auf, Rändige, daß sein, das leicht, nach wie, kommt da, sich gewei, zu entfern, Staatsam, den weni, gebuldet

Wei, sozialdem, kellen u, burg geb, die Paß, Lokalzeit, Gut, halter, i, Zentren u, Barren u, Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.

Die, nach ein, 1. Januar, mit ist, Arbeit, Zerkl, blühende, Zeit vern, Männer, modernes, und eine, London,

flucht geb, durch ge, hohe Viel, Den, Logono, Provin, von Sp, hat groß, Gu, Japas-L, Australie, seien die, worden.



Zuckererzeugung wurde betont, daß die Bonbon zu teuer seien, um sie als Ernährungszusatz für Kinder verwenden zu können. Die Kunststofffabrikation solle ganz in Wegfall kommen, da dieser bei 7.50 Mk. pro Pfund für die Hausfrau gegenstandslos geworden sei. Gegenüber der Erklärung, die Kirchen würden bei einer Preisfestsetzung nach Berlin kommen, wurde bemerkt, daß in Berlin die Kirchen billiger seien als hier.

Vermischtes.

Was heute alles möglich ist — davon erzählt die „Bad. Landesztg.“ ein nettes Stück. Eine Frau wird gezwungen, ein Zimmer an ein Mädchen zu vermieten, und entdeckt bald, daß dieses Mädchen liebreich ist. Sie geht aufs Wohnungsamt und verlangt, daß man ihr eine anständige Mieterin zuweise. Das Wohnungsamt aber befindet, daß kein genügender Kündigungsgrund vorliegt. Also blieb das leichtfertige Frauenzimmer in der Wohnung und lebte nach wie vor nach seinen „freien“ Grundregeln. Und nun kommt das dicke Ende. Die Vermieterin, der es nicht möglich gewesen war, die ihr lästige Person aus ihrer Wohnung zu entfernen, bekommt nun dieser Tage eine Anklage von der Staatsanwaltschaft zugestellt wegen Kuppelei, d. h. weil sie den wenig einwandfreien Lebenswandel ihrer Untermieterin geduldet habe.

Weitere Zeitungseinstellungen. Das Straubinger sozialdemokratische Blatt mußte neulich sein Erscheinen einstellen und kommt nur noch als Kopfblatt der in Regensburg gedruckten „Neuen Donauzeitung“ heraus. Geht hat auch die Passauer sozialdemokratische „Volkswacht“ als Passauer Lokalzeitung zu erscheinen aufgehört.

Guter Fang. In Mainz wurde ein Automobil angehalten, in dem sich 43 Silberbarren im Gewichte von 10 Zentnern befanden. Die Insassen wurden verhaftet, die Barren und das Auto beschlagnahmt.

Die Mitgliederzahl der Deutschen Turnerschaft ist nach einer jetzt bekannt gegebenen offiziellen Statistik am 1. Januar dieses Jahres auf 1.250.000 angewachsen. Damit ist die D. T. nach wie vor der bei weitem größte der Leibesübungen treibenden Verbände Deutschlands.

Verkörung deutscher Liebeswerke in England. Drei blühende deutsche Fürsorgewerke in England sind in letzter Zeit vernichtet worden: der deutsche christliche Verein junger Männer, der in London ein großes Vereinshaus und ein modernes Hospiz hatte, das deutsche Kellnerheim in London und eine große deutsche Arbeiterkolonie in der Nähe von London, die seit 40 Jahren vielen deutschen Arbeitern Zuflucht geboten hatte. Durch den Krieg sind diese Werke hindurch gerettet worden; aber jetzt ist den Deutschen jede christliche Liebestätigkeit auf 7—10 Jahre in England verboten.

Deutschedenschwärme in Spanien. Nachrichten aus Logrono in Spanien und verschiedenen anderen Orten dieser Provinz besagen, daß die Plünderungen seit einigen Tagen von Heuschrecken buchstäblich überfüt werden. Die Ernte hat großen Schaden erlitten.

Gute Gruteausichten in Australien. Nach einer Monatsmeldung aus Sidney verspricht die Getreideernte in Australien ausgezeichnet zu werden. In einzelnen Gegenden seien die Getreidekulturen aufs neue bedeutend ausgedehnt worden.

Neueste Nachrichten.

Düsseldorf, 20. Juni. Nach 19-tägiger Dauer ist der Zustand der Gasthausangestellten zusammengebrochen. Die Versammlung der Angestellten hat die Bedingungen der Interessengemeinschaft für das gesamte Düsseldorf-Gastwirtsgebet angenommen.

Berlin, 21. Juni. In 1468 Wahllokalen fand gestern die Wahl zur ersten Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksvertretungen des neuen Groß-Berlin statt. Die Wahlbeteiligung war anscheinend verhältnismäßig gering. Es dürften ungefähr 55—60 Proz. der Wahlberechtigten gewählt haben. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Ein Ueberblick über das Ergebnis der Wahlen ist vor heute Vormittag schwerlich zu erlangen.

Berlin, 20. Juni. Nach längerem Leiden ist heute nach der langjährige frühere Reichstagsabgeordnete Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath im Alter von 68 Jahren verschieden. Die Beisetzung findet in aller Stille in Amsteg bei Guben statt.

Berlin, 20. Juni. Amtlich wird bekannt gegeben: Das Echo du Rhin vom 31. Mai bringt den Wortlaut eines angeblichen Geheimbefehls des Reichswehrministeriums mit der Unterschrift des Oberst Dege, worin die Unterbringung der bisherigen aktiven und inaktiven Offiziere in gute Stellen gefordert wird, damit man später auf sie zurückgreifen könne. Ein Befehl gleichen oder ähnlichen Inhalts ist seitens des Reichswehrministeriums niemals ergangen. Es kann sich nur um eine Fälschung handeln.

Hamburg, 20. Juni. Zwischen der Bevölkerung von Neuhof im Külbromm bei Hamburg und der Besatzung des in der Vulkanwerft liegenden brasilianischen Dampfers „Cayaba“ ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen, wobei von der Bevölkerung von Neuhof mehrere Personen schwer verletzt wurden.

Breslau, 19. Juni. Eine Mitteilung des Generalkommandos erklärt die Behauptungen des Warschauer Funkspruchs vom 13. d. M. über angeblich preussische Umtriebe in den Abstimmungsgebieten Oberschlesiens unter Förderung von amtlichen militärischen Kreisen und der deutschen Regierung für unwahr und die in dem Funkspruch wiedergegebenen Befehle und Anordnungen für erfunden.

Wien, 21. Juni. Bei der 50-jährigen Gründungsfeier des Niederösterreichischen Landes-Lehrervereins erklärte Präsident Seitz u. a.: Wir wollen die Republik erhalten, wir wollen den Staat erhalten, bis der große historische Moment kommt, wo Deutsch-Österreich eingereicht wird in die große

kulturelle Gemeinschaft des Deutschen Reichs. (Beifallsstürmische Zustimmung.) Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in welcher die Lehrerschaft erklärt, an dem Gedanken der Staatshoheit über das gesamte Schulwesen festzuhalten.

Bern, 19. Juni. Der Bundesrat beschloß, die Grenzüberwachungsstuppen an der schweizerischen Nord- und Ostgrenze zurückzuziehen und den Grenzschutz auch hier durch Polizeiorpane und Zellpersonale durchzuführen.

Paris, 19. Juni. Die Finanzkommission hat einstimmig beschlossen, die Bewilligung der Kosten für die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zum Vatikan zu vertragen, und zwar, wie einige Morgenblätter melden, infolge von Meinungsverschiedenheiten über die Anerkennung der Kultusvereine durch den Papst.

Paris, 19. Juni. Laut Echo de Paris wird die Verschiebung der Konferenz von Spa wegen der Schwierigkeiten ihrer Kabinettsbildung in Deutschland befristet. Als neuer Termin gilt nunmehr der 15. Juli. In der Konferenz von Boulogne berichtet der Rat, man scheine sich entschlossen zu haben, die deutsche Armee auf 100.000 Mann zu beschränken.

London, 20. Juni. Eine Konstantinopeler Depesche besagt, die Nationalisten seien in die amerikanische Schule bei Jsmid eingedrungen und hätten einige Zivilpersonen, die sich dorthin geflüchtet hätten, getötet. Die englischen Kriegsschiffe lezten das Bombardement gegen die Nationalisten fort. Die englischen Truppen nahmen jetzt eine Stellung nordwestlich von Jsmid ein.

London, 20. Juni. „Sunday Express“ berichtet, daß englische Kabinett habe die Vorschläge Venizelos, griechische Truppen zur Verstärkung der britischen und indischen Truppen in die Zone der Meerengen von Konstantinopel zu entsenden, angenommen.

Tokio, 19. Juni. Die japanische Regierung hat bei der chinesischen in der Schantungfrage Schritte unternommen. Sie betont, daß China die Einsetzung Japans in die Rechte Deutschlands anerkannt habe und daß zur Abänderung dieser von China anerkannten Rechtslagen Verhandlungen notwendig sind. Wenn China erkläre, daß es diese Verhandlungen ablehne, weil es mit einer Nation nicht verhandeln könne, die sich solche Rechte angeeignet habe, so habe es damit kundgegeben, daß die Angelegenheit dem Völkerverband unterbreitet werden müsse.

Sie Ihre
Grenz-Spende
für die Volksabstimmung
des Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
Engländer-Geschäftsstelle, Neuenbürg.

Gegen den Steuerabzug.

Redarsum, 19. Juni. Das Kartell der Vereinigten Gewerkschaften im Verein mit den gesamten Betriebsräten der Betriebe Redarsum richtete an die Industriestimmen folgende Eingabe: Am 25. Juni soll zum erstmaligen 10prozentige Steuerabzug vom Lohn erfolgen. Der Aufwand für die gegenwärtige Lebenshaltung hat durch die fortgesetzte Steigerung aller Bedarfsartikel eine derartige Höhe erreicht, daß es als eine Unmöglichkeit bezeichnet werden muß, gerade jetzt den Arbeitern und Angestellten eine derartige Kürzung ihrer Einnahmen, wie sie der Steuerabzug darstellt, zuzumuten. Aus diesem Grunde sehen wir uns genötigt, der Firma zu erklären, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft einen Abzug unter keinen Umständen zulassen kann. Sollte ein solcher doch vorgenommen werden, so kann dies nur auf Kosten der Firma geschehen.

(Es war voranzuziehen, daß in egoistischer und rücksichtsloser Weise der Versuch gemacht würde, diesen 10prozentigen Abzug, dessen Höhe auch wir verurteilen, den Unternehmern aufzuhalsen, als ob dieselben neben ihrem Steuerpensum und den unerhöhten Verteuerungen auf verkehrspolitischen Gebiet nicht schon genügend belastet wären. Daneben noch die vermehrten Arbeiten, welche dieser 10prozentige Abzug für den Arbeitgeber, der nunmehr noch das undankbare Amt eines Steuereinnahmers ohne jegliche Vergütung versehen soll, mit sich bringt. Es kann keine Rede davon sein, daß der Arbeitgeber auch noch diesen 10prozentigen Steuerabzug auf sich nimmt, die Beträge gingen schon in ganz kleinen Betrieben in die Tausende und bei mittleren und großen Betrieben in die Hunderttausende und Millionen. Betriebe, die in der glücklichen Lage sind, 20 Prozent und mehr Dividende verteilen zu können, können dieses Opfer auf sich nehmen, nicht aber solche, die heute schon unter den wirtschaftlichen und Steuerlasten zusammenzubrechen drohen. Diese Forderung egoistischer Arbeiterkreise bedeutet ein zweischneidiges Schwert, das letzten Endes ihnen selbst zum Verhängnis werden muß. Sache der Unternehmer wird es sein, solchen Forderungen ein unwiderstehliches „Niemals!“ entgegenzustellen. Schriftl.)

Immer noch keine Lösung der Kabinettskrise.

Berlin, 20. Juni. Die Morgenblätter sind darüber ziemlich einig, daß mit einem Zustandekommen des Blocks der Mitte noch nicht endgültig gerechnet werden könne. Es müsse noch das weitere Ergebnis der demokratischen Beratungen, sowie auch der Beschluß der Sozialdemokratie am kommenden Dienstag abgewartet werden. Ob diese der neuen Koalition für alle Fälle wohlwollende Neutralität zusagen werde, darauf komme es an. Dem Lokalanzeiger zufolge wird auch in demokratischen Kreisen betont, es gehe nicht an, daß die Sozialdemokratie bei den Abstimmungen im Reichstag von Fall zu Fall entscheide. Die Germania meint, nach Feststellung der Bereitwilligkeit der drei beteiligten Parteien bleibe noch die Verständigung über das

Regierungsprogramm übrig, und es scheine nur eine Frage der richtigen Formulierung, damit die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit für den Wiederaufbau des Vaterlandes zwischen den drei Parteien verwirklicht werden könne.

Ausdehnung des Landarbeiterstreiks in Pommern.

Berlin, 20. Juni. Der zunächst lokale Landarbeiterstreik in Pommern gewinnt an Ausdehnung. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, hat der Landarbeiterverband zur Verschärfung des Streiks die Nichtausführung der Notstandsarbeiten angeordnet. Der sozialdemokratische Landrat des Kreises Köslin hat zwar dagegen Einspruch erhoben, aber nicht überall damit Erfolg gehabt. Auf dem Gute Replow ist es zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen gekommen.

Der Boykott gegen Ungarn.

Wien, 19. Juni. Der Boykott gegen Ungarn hat nach Blättermeldungen heute nacht begonnen. Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt: Der Boykott stellt den ersten Versuch dar zu gewerkschaftlichen Kampfmitteln im Dienste einer internationalen politischen Aktion. Das Neue Wiener Tagblatt sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch niemals dagewesene Erscheinung, die unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Das ist eine Zerstörung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist.

Wien, 19. Juni. Dem „Volkblatt“ zufolge beschlossen die Vertrauensmänner der nichtsozialistischen Postbeamten-gewerkschaft, entsprechend der Salzburger Gruppe der christlichen Postbeamten, mit allen erlaubten Mitteln den Boykott gegen Ungarn zu verhindern.

Budapest, 19. Juni. Der Landesverband der christlich-sozialen Eisenbahner hat beschlossen, im Falle der Durchführung des Amsterdamer Boykottbeschlusses die Lebensmittellieferungen nach Oesterreich und den übrigen Nachbarstaaten aufzubalten.

Budapest, 20. Juni. Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist, wie das Korrespondenzbüro erfährt, der, daß Ungarn gegen alle Staaten, welche die Blockade tatsächlich durchführen, dieselben Repressalien ergreifen wird, die von den betreffenden Staaten gegen Ungarn durchgeführt werden sollten.

Zeitweise Auserkrafsetzung des Achtstundentags in Frankreich.

Paris, 19. Juni. Nach einer Meldung des Populaire haben 85 Deputierte der Kammer den Antrag gestellt, den Achtstundentag zeitweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion in Frankreich zu haben.

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Engländer“ werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Aussträgern entgegengenommen.

Wärtl. Amtsgericht Neuenbürg.

Im Handelsregister, Abt. f. Ges.-Firmen, Band I, Blatt 288, ist heute unter der Nr. 1 eingetragen worden: **Schwarzwälder Metallwerke**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Höfen a. Enz.

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Verarbeitung von Metallen aller Art, insbesondere Herstellung von Aluminiumtuben sowie ähnlicher Fabrikate, auch aus andern Metallen, sowie die Beteiligung an Unternehmungen ähnlicher Art im In- und Ausland.

Das Stammkapital beträgt 67.000 Mk.

Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Mai 1920 geschlossen worden. Geschäftsführer ist

Kaufmann **Felix Alfred Ungerer** in Wildbad.

Dieser vertritt die Gesellschaft, soweit nicht eine Vertretung durch den Aufsichtsrat erfolgt.

Sind zwei Geschäftsführer vorhanden, so zeichnen sie gemeinsam, oder, falls Prokuristen vorhanden sind, ein Geschäftsführer mit einem Prokuristen.

Die Veröffentlichungen erfolgen durch den deutschen Reichsanzeiger.

Den 12. Juni 1920. Oberamtsrichter Brauer.

Höfen a. Enz.



Stammholzverkauf.

Am Freitag, den 25. Juni ds. Jb., vormittags 11 Uhr,

kommen auf dem Rathaus dahier aus Gemeindevogel Distr. II Abt. Communaler im Wege des schriftlichen Angebots zum Verkauf:

- 67 Stück Forchten I.—IV. Klasse mit 65,11 Fm.,
- 223 „ Tannen I.—V. Klasse mit 239,40 Fm.,
- 1 „ tannen Sägholz II. Klasse mit 1,43 Fm.,

ferner zu derselben Zeit im öffentlichen Aufsteich:

- 1 Stück Eichen IV. Klasse mit 0,45 Fm.,
- 22 „ Buchen I.—IV. Klasse mit 12,80 Fm.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten, bedingungslosen, in Prozenten ausgedrückten Angebote auf das Nadelholzstammholz wollen bis zu obengenannter Stunde beim Schultzeisenaamt abgegeben werden.

Klasseneinteilung und Lagerpreisberechnung von 1920, der Ausschuss ist zu 100 Proz. berechnet.

Den 18. Juni 1920. Schultzeisenaamt Feldweg.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg.

